



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/41

17. Februar 1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zum Angebot Grotewohls	S.1
Der Islam und der Bolschewismus	S.3
Hans Enecker +	S.5
Beileidskundgebungen der SPD	S.6

## Gesamtdeutsches Gespräch - mit wem?

Kl.P.Sch. Mit den Rückversicherern aller Sorten über das neueste Stadium sowjetzonaler Aktivität zu diskutieren, verlohnt nicht der Mühe. Es gibt aber noch einige Gutwillige, denen - teilweise aus sehr verständlichen familiären Gefühlsgründen - kein Ziel so verlockend und wichtig erscheint, wie eine möglichst rasche Wiedervereinigung Deutschlands. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse eben, so meinen Sie, von beiden Seiten ein entsprechender Preis gezahlt werden, und um sich über diesen Preis zu einigen, möge man doch in Gottes Namen verhandeln. Die Vorschläge Grotewohls seien doch durchaus "vernünftig" und "entgegenkommend".

Die Aufklärung dieser gutwilligen Elemente wird in der deutschen Öffentlichkeit noch immer mit zu wenig Nachdruck betrieben. Hinweise auf die totalitäre Diktatur und die mangelnde demokratische Legitimation der Machthaber in der Sowjetzone genügen in dieser Allgemeinheit nicht. Denn der Diskussionspartner wird einwenden, dass das Bestehen einer totalitären Diktatur zwischen Marienborn und Wladiwostok die demokratischen Westmächte schliesslich auch nicht daran hindere, mit den höchsten kommunistischen Machthabern ins Gespräch zu kommen. Warum also sollten wir Deutschen dann päpstlicher sein als der Papst?

Diese scheinbar so natürlich klingende Argumentation übersieht völlig, - und das ist ihre grösste Gefahr - eine kardinale Grundtat-

sache: wenn die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich einerseits mit der Sowjetunion andererseits verhandeln, so treten vier souveräne Nationen miteinander in Kontakt, die trotz aller Spannungen normale diplomatische Beziehungen unterhalten. Die Zerreißung Restdeutschlands in zwei Hälften ist hingegen eine völlig widernatürliche Tatsache: sie hat zwar diesseits und jenseits des Eisernen Vorhange zwei Regime geschaffen, deren eines durch freie Wahlen legitimiert ist, aber nicht zwei Nationen. Würde daher die Bundesrepublik im gegenwärtigen Stadium mit den derzeitigen Machthabern der Sowjetzone Verhandlungen üblichen Stils aufnehmen, so würde sie damit de jure den politischen Widersinn zweier deutscher Nationen anerkennen, die sich über das Ziel ihrer Vereinigung oder Wiedervereinigung durch gegenseitiges Anhandeln erst verständigen müssten.

Nun ist aber die seit 1945 bestehende Spaltung Deutschlands nicht auf einen Willensakt des deutschen Volkes oder gar zweier deutscher Völker zurückzuführen, der durch einen neuen Willensakt annulliert werden müsste, sondern auf die Besatzungspolitik der Siegermächte. Insofern kann auch nur eine Verständigung unter den Siegermächten diesen unnatürlichen und unerträglichen Zustand de jure wieder aufheben. In den beiden Teilen Deutschlands können lediglich de facto die besten Voraussetzungen hierfür geschaffen werden.

In der Bundesrepublik sind die politischen de facto-Voraussetzungen bereits geschaffen worden. Worüber also soll die Bundesrepublik - von formalen technischen Einzelheiten abgesehen, für die kein neues Gremium wie ein "Gesamtdeutscher Konstituierender Rat" erforderlich ist - mit den Machthabern der Sowjetzone ein "Gespräch" führen? Demokratische Grundrechte, Rechtssicherheit usw. sind wahrhaftig kein Verhandlungsgegenstand: sie sind vielmehr unerlässliche Voraussetzungen späterer staatsrechtlicher Konsequenzen.

Die Bundesrepublik kann lediglich darauf drängen - das aber beharrlicher und entschlossener als bisher - dass die in ihrem Bereich geltenden Grundrechte nun endlich auch in der Sowjetzone praktiziert werden. Freie, allgemeine und direkte Wahlen sind kein Köder, um Vertreter der Bundesrepublik an den Verhandlungstisch zu locken, sondern die erste - und letzte - Pflicht, die eine illegitime Marionettenregierung an der Bevölkerung der Sowjetzone selbst zu erfüllen hat. Derartige Wahlen können aber nicht durchgeführt werden ohne freie Entfaltungsmöglichkeiten für alle demokratischen Parteien; sie sind vor allem nicht denkbar ohne Wiedezulassung der vor fünf Jahren gewaltsam unterdrückten SPD. Sind diese Bedingungen erfüllt, steht einem "gesamtdeutschen Gespräch" mit ernsthaften und ehrenwerten Partnern nichts im Wege, falls es dann überhaupt noch notwendig sein dürfte. Ob sie aber erfüllt werden können, entscheidet allein das Politbüro in Moskau.

Der Kommunismus in Vorderasien

z. Istanbul, im Februar 1951

Die vor wenigen Tagen in Istanbul stattgefundene Tagung der amerikanischen Diplomaten im Nahen Osten sowie britisch-amerikanische Flottenmanöver im Mittelmeer haben das Augenmerk auf die Situation in diesem Teil der Welt gelenkt. Die Nachrichten über die Istanbuler Konferenz waren spärlicher als die Meldungen, die über die kürzliche Konferenz der US-Diplomaten in Frankfurt verbreitet worden waren, immerhin aber haben sie gezeigt, dass die US-Diplomatie in der Auseinandersetzung Ost-West der Levante ein besonderes Augenmerk schenkt. Das knappe Dutzend von Staaten, die man unter dem Begriff Vorderer und Mittlerer Osten zusammenfasst, ist vom kommunistischen Gedanken wahrscheinlich weniger infiziert als irgendein anderer Teil der Erde. Der Hauptgrund für diese bemerkenswerte Erscheinung ist die für abendländische Begriffe fast unvorstellbar enge Verknüpfung des gesamten Lebens mit der Religion, in diesem Fall also mit dem Islam. Innere Geneigtheit und Bedürfnis gehen bei der Bevölkerung aller sozialen Schichten dabei mit äusseren Konventionen Hand in Hand. Und die geistliche Instanz Mekka - ein noch viel stärkerer Begriff im Osten als Rom im Westen - hat sich mit einer nicht misszuverstehenden Entschiedenheit gegen den Kommunismus erklärt.

Diese Immunität trifft vor allem für die von der (orthodoxen und fanatischen) sunnitischen Form des Mohammedanismus beherrschten Staaten und Gebiete zu, also vor allem für das eigentliche Arabien, Syrien, Libanon, Transjordanien, Aegypten. Es gilt aber kaum weniger für die Gebiete der toleranteren Richtung der Schiiten, also hauptsächlich für Irak, das je zur Hälfte schiitisch und sunnitisch ist, und für das rein schiitische Iran. Es gilt ebenfalls für die von der religiösen Verknüpfung relativ am meisten gelöste Türkei. Für dies Land aber kommen noch andere Momente der Ablehnung hinzu, vor allem der seit Jahrhunderten währende russische Druck auf die Meerengen, der unter Peter dem Grossen der gleiche war wie unter Stalin; ausser in einigen unbedeutenden Kreisen der Millionenstadt Istanbul existiert in der Türkei daher keine Neigung für das gegenwärtige politische System des ewigen Erbfeindes.

Die besonderen und schwierigen sozialen Verhältnisse in Aegypten, das Vorhandensein eines starken Proletariats in den Großstädten Kaire

und Alexandrien, die Not der noch unter einem überlebten Feudalsystem stehenden Fellahen (der Landbewohner) - alles dies könnte, anders als im versöhnlicher liegenden Fall Iran, ein geeigneter Nährboden für kommunistische und bolschewistische Infiltration sein. Wenn man aber erlebt, in wie starken Masse ziemlich ausnahmslos die ganze Bevölkerung im Äusseren wie vor allem im Inneren den religiösen Vorschriften gehorcht und sie für den wesentlichen Teil des Lebens ansieht, dann erkennt man: Vor-erst liegt eine kommunistische Gefahr auch in Aegypten nicht vor. Hinzu kommt, der stark nationalistische Zug, der ebenfalls durch alle aegyptischen Bevölkerungskreise geht und sich u.a. in Fremdenhass äussert.

Am undurchsichtigsten und unsichersten ist die Situation in Israel. Der dort herrschende starke Staatsmonopolismus sowie mögliche politische Spekulationen könnten die Haltung dieses jüngsten Staates bedenklich erscheinen und werden lassen; und die Herkunft eines sehr hohen Prozentsatzes der Bevölkerung aus den Oststaaten könnte ebenso für kommunistische Geneigtheit sprechen wie dagegen. Indes versichern Kenner der Verhältnisse in Israel, dass man auch dort mit ziemlicher Sicherheit eine andere und eigenere Lösung der staatlichen und der sozialen Form finden und halten wird als die Moskaus.

- - - - -  
Wer verkauft wen?

Aus dem Büro des Parteivorstandes der SPD wird uns mitgeteilt:

Der Hohe amerikanische Kommissar McCloy soll am 12.2.1951 einen Brief an den Bundeskanzler gerichtet haben, in dem er die Erwartung ausspricht, dass die Vereinbarungen über die Verbundwirtschaft und die Aufgabe des deutschen Ruhrkohleverkaufs, die zwischen Minister Erhard, Dr. Baur und dem amerikanischen Sachverständigen Bowen getroffen wurden, von der Bundesregierung akzeptiert werde. Geschähe dies nicht, so würde die amerikanische Seite alle Konzessionen in der Frage der Verbundwirtschaft zurückziehen. Er erwarte daher von der Bundesregierung, dass sie den Vereinbarungen zwischen Baur, Bowen und Erhard unbedingt beitrete. Am Schluss seines Briefes soll McCloy den Herren Erhard, Hausstein und Baur seinen besonderen Dank in dieser Tätigkeit ausgesprochen haben.

Die von den Amerikanern vorgeschlagene Verbundwirtschaft wird ebenso wie die Preisgabe des Kohlenverkaufs von der gesamten westdeutschen Wirtschaft einschliesslich der Gewerkschaften auf das schärfste abgelehnt. Die breiteste Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren, wer hier im Auftrage der Bundesregierung verhandelt hat und was hier verkauft worden ist.

Hans Boeckler +

Die überaus schmerzliche Nachricht vom Hinscheiden des DGB-Vorsitzenden Hans Boeckler erfüllt das schaffende Volk in Deutschland, ja, in der ganzen Welt mit tiefster Trauer. Jeder weiss und fühlt, hier ist ein Freund und Kämpfer von uns gegangen, der im Ringen um soziale Gerechtigkeit, um Freiheit und Menschenwürde an erster Stelle stand.

In der Bundesrepublik gibt es keine Persönlichkeit, die seit 1945 bis in die letzten Tage so Mittelpunkt des wirtschaftlichen und politischen Geschehens war wie Hans Boeckler. Beim Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung war Boeckler vom ersten Tage an die führende Persönlichkeit. Unermüdlich setzte er sich in den ersten schweren Nachkriegsjahren ein, den Hunger zu bekämpfen, die Wirtschaft wieder aufzubauen, die schlimmsten Folgen der Demontagen abzuwenden und die neue, noch schwache Gewerkschaftsbewegung erfolgreich durch alle Fährnisse zu führen. Er fand dabei die Anerkennung aller Schichten des deutschen Volkes. "Ein wahrer Vater des Volkes", so bezeichnete ihn einst treffend der damalige britische Hohe Kommissar Robertson.

Schon seit Monaten an schwerem Herzleiden erkrankt und vom Tode gezeichnet, hat Boeckler unter Aufbietung seiner letzten Kräfte die Verhandlungen mit den Unternehmern um die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes im Bergbau und der eisenschaffenden Industrie zum erfolgreichen Abschluss einer Vereinbarung geführt. Unter seiner Führung wurde, wie er selbst in einer seiner letzten Reden sagte, "das Tor aufgestossen" für einen neuen Abschnitt der Arbeiterbewegung, für die Gleichberechtigung der Arbeit und die Neugestaltung der Wirtschaft." Ihm war vergönnt, diese Krönung seiner Lebensarbeit noch zu erleben. Als Hochbetagter hat er in diesem schweren Ringen allen Gewerkschaftlern und Sozialisten bis in seine letzten Tage das leuchtende Beispiel gegeben, dass er mit 76 Jahren noch der gleiche, selbstlose, unerermüdliche Kämpfer für die Sache der Arbeiterbewegung war, wie von seiner frühesten Jugend auf.

Am 26. Februar 1875 in Trautskirchen-Mittelfranken geboren, lernte Hans Boeckler das Goldschlägerhandwerk. 1894 trat er der Gewerkschaft, dem deutschen Metallarbeiter-Verband(DMV) und auch sehr früh der Sozialdemokratischen Partei bei. Von Anfang an stand er auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet an führender Stelle, zunächst in engerem

Kreise und dann in immer grösseren Aufgabengebieten. Als Bezirksleiter des DMV war er im Saargebiet, in Schlesien und von 1920 ab in Köln tätig. 1927 wurde er Bezirksleiter des ADGB für Rheinland in Düsseldorf. 1928 wurde Boeckler als SPD-Abgeordneter in den Reichstag gewählt.

Hans Boecklers Kämpferleben ist ein Stück Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit ihrem Aufstieg, mit ihren Siegen und Niederlagen in den vergangenen 60 Jahren. Er wird immer als einer der Grössten und als leuchtendes Beispiel in der Arbeiterbewegung fortleben.

August Enderle

+ + + + +

Beileidstelegramme der SPD

sp. Vom Vorstand der SPD sind aus Anlass des Todes Dr.Boecklers folgende Telegramme versandt worden:

An Frau Magdalene Boeckler, Düsseldorf:

"Liebe Frau Boeckler! Tief erschüttert habe ich die Nachricht von dem Ableben von Hans bekommen. Es fällt mir schwer, mir vorzustellen, dass Hans nicht mehr sein soll. Ich habe mich ihm gegenüber stets aufrichtig als Freund gefühlt und kann die Grösse Ihres Verlustes nachempfinden. Seien Sie versichert, dass auch in Zukunft jeder Gedanke an Hans Boeckler ein Gedanke der Freundschaft, der Achtung und der Zuneigung sein wird.

Ich grüsse Sie und Ihre Familie in aufrichtiger Teilnahme

Ihr Kurt Schumacher"

+++

"Sehr verehrte Frau Boeckler! Die Genossen des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion sprechen Ihnen zu dem unerwarteten schweren Verlust ihre aufrichtige Anteilnahme aus. Wir wissen, was das deutsche Volk und die deutsche Gewerkschaftsbewegung an Hans Boeckler gehabt haben und können die unersetzliche Grösse des Verlustes ermessen.

Wir grüssen Sie und Ihre Familie in aufrichtiger Anteilnahme und Verbundenheit

gez. Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Carlo Schmid"

+++

An den Bundesvorstand des DGB, Düsseldorf:

"Der Vorstand und die Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sprechen dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes die aufrichtige Anteilnahme zu dem schweren Verlust aus, der Euch durch den Tod von Hans Boeckler getroffen hat. Euer Verlust wird von uns auch als unser Verlust empfunden. Es ist die ganze Arbeiterbewegung, die diesen schweren Schlag empfangen hat. Das ganze deutsche Volk, um das sich Hans Boeckler in seiner aufopfernden Tätigkeit so unendlich verdient gemacht hat, hat mit Hans Boeckler einen Mann verloren, der gerade seit 1945 unmessbar grosse Verdienste um die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die Grundlagen des Aufbaues eines neuen Staates sich erworben hat.

Die SPD wird sich mit allen Kräften darum bemühen, das Werk Hans Boecklers im Interesse der Arbeitenden und unseres ganzen Volkes zu erhalten und weiter zu entwickeln.

In aufrichtiger Anteilnahme und Verbundenheit grüssen Euch

Partei Vorstand und Bundestagsfraktion  
Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Carlo Schmid"

+ + + + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt